Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

138 (16.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 138 — Donnerstag, den 16 Juni 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die politische Notverordnung wurde am Mittwoch vom Reichspräsidenten unterzeichnet. Sie soll am Freitag in Kraft treten.

•

Zur Arbeitsbeschaffung ist in Aussicht genommen, 60 Millionen für Straßenbauarbeiten, 50 Millionen für Wasserstraßenbau und 25 Millionen für landwirtschaftliche Meliorationen aufzuwenden.

•

Aus Kreisen des Reichsfinanzministeriums wird festgestellt, daß eine Verlängerung der Bürgersteuer durch die Länderregierungen ohne besondere Reichsermächtigung nicht erfolgen kann.

•

Die Reichsregierung hat beschlossen, für die Reichstagswahl den Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, den Rundfunk unter gewissen Richtlinien zur Verfügung zu stellen.

•

Das polnische Kriegsschiff „Wicher" ist aufgrund eines Schrittes des Danziger Senats bei den polnischen Behörden angewiesen worden, Danzig zu verlassen.

•

Der Prozeß gegen den Eisenbahnattentäter Matuschka begann in Wien mit der Vernehmung des Angeklagten.

•

Die Kriegsveteranen-Demonstrationen in Washington haben insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als das Repräsentantenhaus eine Vorlage auf sofortige Kriegsrentenauszahlung angenommen hat; doch ist mit ihrer endgültigen Durchführung kaum zu rechnen.

•

Auf einer Führerbesprechung der Eisernen Front in Hamburg wurde die Wiederaufstellung der Schufo-Formationen wegen der zu erwartenden Aufhebung des S.A.-Verbotes beschlossen.

Auch weiterhin allgemeines Uniformverbot in Baden

T.U. Karlsruhe, 16. Juni. Mit Rücksicht auf die in Baden gegebenen Verhältnisse hat der Minister des Innern entsprechend einer früheren badischen Regelung ein allgemeines Uniformverbot ausgesprochen. Das in Baden bestehende Demonstrationsverbot bleibt durch die Reichsverordnung unberührt. Das Verbot von Geländeübungen ist bis auf weiteres verlängert worden.

Neuer Uebergriff Polens

Verletzung von Danziger Hoheitsrechten durch Polen

Danzig, 15. Juni. In offenkundiger Verletzung der Bestimmungen, die für das Anlaufen polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen gelten, ist Mittwoch früh **gleichzeitig mit den englischen Torpedobooten das polnische Kriegsschiff „Wicher" in den Danziger Hafen eingelaufen, ohne sich vorher beim Danziger Senat angemeldet zu haben.** Ferner hat der Kommandant der „Wicher" bei dem englischen Flottillenkommandeur innerhalb der Danziger Hoheitsgewässer einen Besuch abgestattet.

•

Kriegsschiff „Wicher" angewiesen, Danzig zu verlassen

Danzig, 15. Juni. Der Senat hat nach dem vorher nicht angemeldeten Einlaufen des polnischen Kriegsschiffes „Wicher" sofort die nötigen Schritte unternommen und bei den polnischen Behörden interveniert. Der Senat ist benachrichtigt worden, daß das Schiff Anweisung bekommen hat, unverzüglich den Hafen von Danzig zu verlassen. Im übrigen hat sich der Senat vorbehalten, den Streitfall entsprechend dem Paragraph 39 der Pariser Konvention zu behandeln.

Danziger Schritt beim Grafen Gravina. — Der polnische Zerstörer inzwischen wieder abgedampft.

T.U. **Danzig,** 15. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das polnische Kriegsschiff „Wicher" hat, nachdem die Regierung der Freien Stadt Danzig die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, die zur Regelung der danzig-polnischen Streitfragen vorgesehen sind, am heutigen Nachmittag den Danziger Hafen wieder verlassen.

Zu dieser amtlichen Mitteilung ist zu bemerken, daß Danzig sich aufgrund des Artikels 39 des Pariser Abkommens vom 9. November 1920 an den Hohen Kommissar des Völkerbundes Grafen Gravina um eine Entscheidung in der Angelegenheit des Anlaufes des polnischen Kriegsschiffes gewandt hat. Der Artikel 39 bestimmt, daß jede Danzig-polnische Streitfrage dem Hohen Kommissar des Völkerbundes zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Dieser Entscheidung ist das polnische Kriegsschiff dadurch zuvorgekommen, daß es heute nachmittag den Danziger Hafen bereits verlassen hat.

Beginn der Lausanner Konferenz

Vor Beginn der Lausanner Konferenz

Die deutsche Delegation in Lausanne eingetroffen

Lausanne, 15. Juni. Die deutsche Delegation für Lausanne ist Mittwoch nachmittag eingetroffen. Unterwegs waren in Basel Botschafter Radolny und der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Müller, zur Delegation gestoßen. Bei der Ankunft begrüßten der Generalkonsul aus Genf und Vertreter der deutschen Studentenschaft an den schweizerischen Universitäten den Reichskanzler und die Minister.

•

Letzte Besprechungen in Genf

Genf, 15. Juni. Die privaten Besprechungen, die zwischen den an der Lausanner Konferenz teilnehmenden Staatsmännern hier in Genf stattfanden, sind am Mittwoch abgeschlossen worden. Herriot und Macdonald, die schon Dienstag nachmittag eine etwa zweistündige Unterredung hatten, haben sich Mittwoch in den frühen Morgenstunden wiederum getroffen. Die Besprechung, die ungefähr eine Stunde dauerte, soll sich auf die in Lausanne zur Behandlung kommenden Fragen erstreckt haben. Der französische Ministerpräsident Herriot hatte außerdem noch eine Unterredung mit dem amerikanischen Hauptdelegierten auf der Abrüstungskonferenz, Gibson, und dem holländischen Außenminister Belaerts Schließlich statte Herriot dem italienischen Außenminister Grandi einen Höflichkeitsbesuch ab. Herriot und Macdonald sind nach Lausanne abgereist, wo sie nachmittags an einer Vorbesprechung teilnahmen.

Das Journal des Nations behauptet, **daß zwischen Herriot und Macdonald bezüglich der Reparationsfrage eine Einigung auf folgender Grundlage zustandegekommen sei: 1. Ein sofortiges provisorisches Moratorium bis zum Dezember 1932, 2. die Einsetzung eines Sonderkomitees, das bis dahin die Einzelheiten eines Planes für eine Endlösung des Reparations- und des interalliierten Schuldenproblems prüfen soll.**

Die amtliche Mitteilung über die heutige Eröffnung der Lausanner Konferenz.

T.U. **Lausanne,** 15. Juni. Ueber die heutige eineinhalbstündige vertrauliche Sitzung der Chefs der Abordnungen wurde folgendes kurze, wenig sagende amtliche Communique veröffentlicht:

„Die Führer der Delegationen der sechs einladenden Mächte haben heute abend, begleitet von ihren Kollegen, im Chateau d'Ouchy eine inoffizielle Sitzung abgehalten, um über den Verlauf der Eröffnungssitzung am Donnerstag zu beraten. Es ist beschlossen worden, daß lediglich die Begrüßungsreden von dem Schweizer Bundespräsidenten Motta und von dem Präsidenten der Lausanner Konferenz gehalten werden sollen."

Die Eröffnungssitzung wird im Hotel „Beaurivage" am Donnerstag vormittag um 10 Uhr stattfinden. Ueber den Verlauf der heutigen Nachmittagssitzung wird völliges Stillschweigen bewahrt.

Die Lausanner Konferenz eröffnet. — Donnerstag Rede von Papens.

T.U. **Lausanne,** 15. Juni. Die Lausanner Tributkonferenz hat am Mittwoch um 17,30 Uhr mit einer Vorbesprechung ihren Anfang genommen, an der Reichskanzler von Papen, Reichsaußenminister von Neurath, Macdonald, Herriot, Grandi, der belgische Ministerpräsident Rancin, und der japanische Botschafter in Rom Yoshida teilnahmen.

Nach einer amtlichen Mitteilung nehmen an der Lausanner Konferenz achtzehn Mächte teil und zwar: Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rumänien, die Tschechoslowakei, Südslavien, Ungarn, Griechenland, Polen, Portugal, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Bolivien. Die österreichische Regierung ist nicht eingeladen, da auf der Haager Konferenz die österreichischen Reparationen bereits endgültig geregelt worden sind. Die Sitzungen der Konferenz finden in dem altertümlichen Chateau d'Ouchy statt.

Wegen der Ermordung des Sowjetkommissars Sowortki auf der Lausanner Konferenz im Jahre 1923 sind die Kontrollmaßnahmen außerordentlich streng. Macdonald ist als Präsident der Konferenz ausersehen. Er wird in der feierlichen Eröffnungssitzung am Donnerstag offiziell gewählt werden. Reichskanzler von Papen wird in der morgigen Eröffnungssitzung eine Rede halten. Allgemein rechnet man mit einer vierzehntägigen Dauer der Konferenz.

*

Deutsche Ministererklärungen in Lausanne

T.U. **Lausanne,** 15. Juni. Die verantwortlichen deutschen Minister auf der Lausanner Konferenz haben heute vor der deutschen Presse folgende Erklärungen abgegeben:

Reichskanzler von Papen betonte zunächst die unbedingte Notwendigkeit eines engen Gedankenaustausches der deutschen Abordnung mit der deutschen Presse während der Konferenz. Die auf der Konferenz zur Verhandlung gelangenden Probleme seien ihm nicht fremd. Die deutsche Regierung werde selbstverständlich mit der gleichen Festigkeit wie ihre Vorgängerin die nationalen Notwendigkeiten vertreten. Es handelte sich jetzt nicht nur um die Frage, einen endgültigen Strich unter das Reparationsproblem zu ziehen, vielmehr müßte dieses Problem in seiner ganzen Tragweite, sowie die Gesamtlage, in der sich das gesamte Europa heute befinde, mit den übrigen Staatsmännern vertrauensvoll behandelt werden. Die gesamte Oeffentlichkeit erwarte heute von den Staatsmännern Taten.

Die gegenwärtige außerordentlich ernste Lage vertrage es nicht mehr, daß diese Konferenz nur mit Versprechungen und Zusicherungen ende. Die Aufgabe dieser Konferenz sei, einen endgültigen Auftrieb für Deutschland und damit für das gesamte Europa zu finden. Die heutigen ersten Vorbesprechungen der einladenden Mächte seien planmäßig und zufriedenstellend verlaufen. An die Eröffnungssitzung am Donnerstag würden sich zunächst private Besprechungen mit den übrigen Staatsmännern anschließen. Am Freitag werde er sodann in der ersten Sitzung der Konferenz als Vertreter Deutschlands den Standpunkt der deutschen Regierung zu den in Frage kommenden Problemen darlegen. Ueber die Lebensfragen, die zur Erörterung auf der Konferenz stehen, bestehe in Deutschland keinerlei Meinungsverschiedenheit. Es könne hierin nur eine einzige Meinung geben. Der Reichskanzler schloß mit dem Ersuchen an die Presse um tatkräftige Unterstützung.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath erklärte sodann, daß die Haltung Deutschlands auf der Konferenz selbstverständlich versuchen werde, dem nationalen Interesse Deutschlands gerecht zu werden. Ueber die Methoden könne vorläufig noch nichts gesagt werden. Der optimistische Ton der ausländischen Presse entspreche in keiner Weise der tatsächlich ernsten Lage. Wenn auch die Erkenntnis von der Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen Deutschlands allgemein durchgedrungen sei, sei es jedoch noch ein weiter Schritt bis zu deren offizieller Anerkennung. Der Reichsaußenminister betonte, er teile keineswegs den sich vielfach geltend machenden Optimismus, daß auf der Lausanner Konferenz bereits in wenigen Tagen eine positive Lösung erreicht werde.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk wies sodann darauf hin, daß die letzte Notverordnung keineswegs eine endgültige Konsolidierung der Lage bezweckte. Vielmehr stellte die Notverordnung einen Versuch dar, den drohenden kassenmäßigen Zusammenbruch der öffentlichen Hand hintan zu halten. Keineswegs sei, wie vielfach angenommen würde, die Notverordnung nur im Hinblick auf die Lausanner Konferenz erlassen. Jedoch bedeute die neue Notverordnung die beste Illustrierung der Notlage Deutschlands und sei ein Beweis, daß auch eine weitere Reparationszahlung Deutschlands tatsächlich nicht mehr zu denken sei. Die Lausanner Konferenz werde sich daher mit zwei großen Problemen zu befassen haben: dem Reparationsproblem und dem großen wirtschaftlichen Problem. Es sei die Tragik aller bisherigen Konferenzen gewesen, daß sie immer zu spät gekommen seien. Eine großzügig eingeleitete Regelung der Reparationsfrage unmittelbar nach dem Hoover-Moratorium im vorigen Jahre hätte damals vielleicht die Möglichkeit gegeben, die Krise stark einzuschränken. Ob jetzt zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise die Regelung der Reparationsfrage allein genüge, sei entschieden die Frage.

Die deutsche Regierung werde daher gerade der Frage der wirtschaftlichen Probleme die größte Beachtung schenken müssen. Die Regelung der Reparationsfrage sei zweifellos eine Voraussetzung für die Lösung der Wirtschaftsfrage. Ohne eine solche Lösung sei eine Gesundung der Wirtschaft nicht zu erreichen. Beide Fragen gehörten zusammen. Aber die Herbeiführung einer Gesamtgesundung der Weltwirtschaft sei jetzt eine unerläßliche Aufgabe geworden. Ob diese Konferenz für beide Fragen reif sei, sei allerdings die Frage.

*

Nach Lausanne Handels- und Wirtschaftskonferenz

Verlängerung des Tributmoratoriums?

T.U. **Lausanne,** 15. Juni. Aus maßgebenden französischen Kreisen verlautet Mittwoch abend, Herriot und Macdonald seien übereingekommen, der Lausanner Konferenz vorzuschlagen, im Anschluß an diese Konferenz oder einige Wochen danach in Lausanne eine gesamteuropäische Wirtschaftskonferenz abzuhalten, in der die gesamteuropäischen Handels- und wirtschaftspolitischen Fragen, besonders die Fragen der Zollherabsetzung und der Währungsangleichung, erörtert werden sollen. Auf französischer Seite wird ausdrücklich hervorgehoben, daß Herriot keineswegs die Arbeit dieser Konferenz lediglich auf die Donaufragen beschränken wolle. Vielmehr bestehe zwischen der englischen und französischen Regierung weitgehend Uebereinstimmung darin, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Wirtschaftskrise die gesamteuropäische Verständigung über die Handels- und Wirtschaftspolitik unerläßlich geworden sei. Die jetzt von englischer und französischer Seite geplante Wirtschaftskonferenz solle die kommende Weltkrisenkonferenz in London und eine Einigung der europäischen Mächte auf dieser Konferenz vorbereiten.

Ferner wird mitgeteilt, zwischen Herriot und Macdonald sei vereinbart worden, der Lausanner Konferenz Verlängerung des Tributmoratoriums auf sechs Monate vorzuschlagen, da bis zum 1. Juli, dem Tage des Ablaufes des Hoover-Zahlungsaufschubes, eine endgültige Regelung der gesamten interalliierten und Reparationsfragen nicht zu erwarten sei.

Diese Mitteilung, die Mittwoch abend von französischer Seite in Konferenzkreisen verbreitet wird, hat allgemein großes Aufsehen erregt und wird lebhaft erörtert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

„Die Neue“

„Friß, Vogel, oder stirb“ — kein hübsches Motto für ein Ansinnen, das ein Rechtsstaat, in übrigens streng legaler Form seinen Bürgern stellt — so schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Was aber könnte die neue Notverordnung, die das Datum vom 14. Juni 1932 trägt, trefflicher kennzeichnen? Ihren Inhalt hier diskutieren? Darüber sind wir uns alle einig, von rechts bis links, daß diese Maßnahmen so, wie sie sind, sämtliche Grade des Widerspruchs erwecken müssen. Zu allem, was unserem schwerkranken Volks- und Wirtschaftskörper schon früher im Wege der Roßkur notverordnet wurde, kommen neue schwere Härten hinzu. Die radikale Kürzung des Sozialhaushaltes, die Beschäftigtenabgabe, der neue Rückgriff auf die Beamtengehälter, die Umsatzsteuerverschärfung, die Salzsteuer — genug, ein jedes Wort eine neue Entbehrung, eine neue Sorge, um nur das zu nennen: Millionen haben in dem Augenblick, da die neuen Lasten bekannt werden, auf den Plan einer selbst bescheidendsten Erholung in diesem Jahr endgültig verzichten müssen. Das ist, wie man uns wohl entgegnen wird, noch nicht das Schlimmste, denn anderen legt die Notverordnung noch viel Schwereres auf. So ist nun abermals Lebenshaltung und Kaufkraft gewaltig gedrosselt. Noch enger spannt sich die würgende Hand des Wirtschaftsschwundes, der Auszehrung um uns.

Dann hätte die Notverordnung also nicht verkündet werden sollen? Das könnte unerschütterten Gewissens nur bejahen, wer wirklich einen anderen, sofortigen Ausweg aus der Zwickmühle wüßte, was immer wieder betont werden muß, die Wirtschaftsnot in doppelter Form zu spüren. Einmal, je mehr die Wirtschaft einschrumpft, Einkommen und Verbrauch der Steuerzahler sinken, um so geringer wird auch die Steuereinnahme des Staates. Gleichzeitig aber treten an denselben Staat immer größere Massen von Erwerbslosen, Verarmten und sonstigen Hilfsbedürftigen mit ihren Unterstützungsansprüchen heran. Und da bleibt dem Staat im Augenblick nichts anderes übrig, als eben einesteils mit den Unterstützungen denkbar haushälterisch zu verfahren, anderenteils aus den Steuermöglichkeiten das Aeußerste herauszuholen, drittens schließlich sein sonstiges neben dem Sozialetat doch immer noch einhergehendes Ausgabenwesen radikal einzuschränken. Zu diesem dritten Punkte sehe man genau auf die Notverordnung hin; der Passus über die Finanzkontrolle der Kommunen spricht dafür deutlich genug. Das Ganze ist zum bitteren Tranke der Notverordnung gemixt, den wir hinunterwürgen müssen wie eine unvermeidliche Medizin.

Wenns nun der Vogel — um bei der Drastik jener volkstümlichen Redewendungen zu bleiben — doch nicht fressen wollte, wärs mit dem Sterben denn wirklich gar so ernst gemeint? Das läßt sich leider nicht verneinen. Eine Zwangsläufigkeit, die in den Grundfesten aller Volks-, Staats- und Privatwirtschaft wurzelt und die von Kabinetten und Parteien ganz unabhängig ist, bestimmt, daß ein Staat in solch verzweifelter Lage nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten hat, nämlich auf der einen Seite den oben skizzierten und in der neuen Notverordnung enthaltenen Maßnahmen, die kurz unterm Stichwort „Steuerpresse“ zusammengefaßt seien, und auf der andern Seite — der Notenpresse. Oder, noch ein bißchen gelehrter ausgedrückt: Entweder Deflation oder Inflation! Mit neu gedrucktem Geld ließen sich die Staatskassen so üppig auffüllen, daß die Herren Salaban und Pahl Waisenknaben dagegen wären. Warum wir aber das nicht wollen, warum das neue Reichskabinett, gleich dem alten und in voller Uebereinstimmung mit der Reichsbank, ein jedes derartiges Experiment strikt ablehnt, braucht für urteilsfähige Menschen, zumal auch für jene, die sich der Inflation und des Billionenzaubers vom Herbst 1923 noch unverwischt erinnern, hier nicht noch einmal erläutert zu werden. Die Inflation — das sei der Erwähnung genug — wäre der Tod der Wirtschaft, das Ende allen Vertrauens, Kredits und Disponierens, die Vernichtung der letzten Grundlage, auf der wir noch sicher stehen, der Währungsstabilität . . .

Deshalb ist der Weg der Notverordnung das Einzige, was einer verantwortungsbewußten Regierung, mag sie firmieren, wie sie will, zur Zeit übrig bleibt. Soll das nicht endlich einmal wieder anders werden, ein Schlußpunkt hinter die Notverordnungsserie gesetzt werden, die uns nun seit zwei Jahren in Atem hält und vielleicht auch mit dem neuesten Produkt der Schnellgesetzgebung noch nicht beendet ist? Ehrlicherweise kann man nur sagen, daß dies jenseits der Grenze deutscher Selbstbestimmung liegt. Wir leben heute inmitten der furchtbarsten Weltkrise, und in Dutzenden von großen, mittleren und kleinen Staaten wälzt man zur Stunde genau die gleichen Probleme wie bei uns. Mehr als ein Finanzminister des Auslandes hat seit Wochen mit Ungeduld die deutsche Notverordnung erwartet, um sie alsbald kopieren zu können. Man weiß sich anderwärts mithin auch keinen besseren Rat, und diese Internationale notverordneter Regierungschefs beweist endgültig, wie wenig Entschlußkraft in solcher Situation noch vorhanden ist.

Ob man nicht manche Härte der Notverordnung uns hätte ersparen können, wenn rechtzeitig die Staatsvereinfachung und Staatsverbilligung in Angriff genommen worden wäre? Zwar bringt die Notverordnung, wie schon berührt, eine Finanzaufsicht über die Gemeinden. Aber ist das alles, und wie läßt es sich vertreten, daß angesichts kaum noch erträglicher Kürzung der Existenzminima für zwölf Millionen Notleidende, angesichts neuer Lasten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch kostspielige Organisationskuriosa des deutschen Verwaltungswesens aufrechterhalten werden, mit deren Beschreibung und vernichtender Kritik schon viele Denkschriftenbände gefüllt worden sind? Daß mans bisher noch nicht geändert hat, und daß eine jetzige Aenderung gleich im Augenblick noch keine greifbare Ersparnis bringen würde — eine Binsenwahrheit, die dauernd wiederholt zu hören fast schon peinlich ist — beides ist doch noch kein Grund, um die sofortige Einleitung wirklich großer Reformen im Staats- und Verwaltungsaufbau noch weiter abzulehnen

*

Der soziale Inhalt der Notverordnung

Berlin, 15. Juni. Im Rahmen der der Reichsregierung vorbehaltenen Rundfunkstunde sprach nach einem kurzen einleitenden Vortrag des Reichsinnenministers Freiherr von Gayl, Reichsarbeitsminister Schäffer über den sozialen Inhalt der Notverordnung. Er führte u. a. aus: Die Botschaft Kaiser Wilhelm I. vom 17. November 1881 legte den Grundstein zur deutschen Sozialversicherung. Fürst Bismarck, der das soziale Testament Wilhelm I. aufgesetzt hat, war zugleich der Vollstrecker. Der Minister wandte sich dann den Gefahren in der Sozialversicherung zu, die, wie er erklärte, zunächst von den wachsenden **Beitragsverlusten** kommen. Er führte Ziffern aus den einzelnen Versicherungszweigen an und erklärte dazu, es wäre ungerecht, für diese Beitragsverluste die Versicherungsträger verantwortlich zu machen. Die Verluste stammten aus dem allgemeinen Niedergang der Wirtschaft. Die Sozialversicherung dürfte aber ihre Schicksalsmäßige Verbindung mit der Wirtschaft nicht vergessen.

Beim Wiederaufbau der Sozialversicherung nach der Inflation, sagte der Minister, haben die Versicherungsgesetze nicht immer das rechte Augenmaß für die wirklichen Größenverhältnisse gehabt. Der echte Wert der Rentenversicherung bemißt sich nicht nach der Höhe der Renten. Er liegt vielmehr in der **dauernden Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger.** Die notwendige Voraussetzung dafür ist, daß **die Leistungen auf das rechte Maß zurückkehren. Die Notverordnung kürzt die Renten um der Sozialversicherung willen.** Für den Spargedanken wird die Rückbildung bei den Leistungen günstiger und heilsamer sein, als die Fortdauer des Mißverhältnisses zwischen Beiträgen und Leistungen. Die Sozialversicherung muß nicht bloß sozial, sie muß auch wirtschaftlich denken. Die Notverordnung will das vor 50 Jahren begründete Versicherungsgut dem deutschen Volke erhalten.

Der Minister kam dann auf die Kürzungen in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Versicherung sowie auf die Witwen- und Waisenrenten und an den Renten für Unfälle zu sprechen. Selbst nach diesen Kürzungen werden aber in der Invalidenversicherung noch Fehlbeträge bleiben. Für ihre Deckung wird zunächst das vorhandene Vermögen flüssig gemacht. Im übrigen ruft die Notverordnung die Versicherungsanstalten zu gegenseitiger Hilfe auf. Weiter befaßte der Minister sich mit den Maßnahmen zur Erzwingung von **Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, Vereinfachung und Verbilligung in der Sozialversicherung.** Er erklärte dazu: Die Gesamtheit dieser Maßnahmen ist nach der Ueberzeugung der Reichsregierung notwendig, aber auch geeignet, die Träger der alten Versicherung über die Zeit der Deflation hinüberzubringen.

Nicht weniger eindringlich und bedeutsam jedoch wie die Rettung der Sozialversicherung ist die Anpassung der Vorschriften über die **Arbeitslosenhilfe** an die Lage des Arbeitsmarktes. Die Arbeitslosigkeit liegt wie ein Albdruck auf der deutschen Wirtschaft. Die Frage, wie der Lebensunterhalt der Arbeitslosen sichergestellt werden kann, gehört zu den dringlichsten Sorgen der deutschen Regierung. Sie bemüht sich, soviel als irgend möglich Arbeit für die Arbeitslosen zu beschaffen, und ein besonderes Kapitel der Notverordnung befaßt sich auch mit der Arbeitsbeschaffung. Zum Schluß erklärte er sich bereit, mit Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Arbeitgebern zusammenzuarbeiten; es gelte: Jetzt erst recht Sozialpolitik.

*

Stimmen zur Notverordnung

Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, fragt nach der seelischen Grundlage der neuen Notverordnung. Der Notverordnung fehle auch jedes großzügige aufbauende Element und jedes Gegengewicht zu den schweren Opfern.

Die staatsparteiliche „Vossische Zeitung“ sagt, man habe nicht nur einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maßnahmen in Kraft gesetzt, sondern alle und noch einige darüber hinaus.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ überschreibt seinen Bericht „Hitlerstaat als Elendsanstalt“. Alles in allem lege die neue Notverordnung durch Steuererhöhungen und Sozialabbau den breiten Massen neue Opfer von rund anderthalb Milliarden auf. Wo aber bleiben die Opfer der Besitzenden?

Auch das linksdemokratische „Berliner Tageblatt“ polemisiert scharf gegen die Einschränkungen am Sozialhaushalt und führt aus, der völlige Mangel an aufbauenden Ideen für die Arbeitsbeschaffung und der völlige Verzicht auf das unter Brüning ausgearbeitete Arbeitsbeschaffungsprogramm verschlimmere das Elend der Erwerbslosen bis zur Unerträglichkeit.

Die rechtsgerichtete „Deutsche Allg. Zeitung“ führt aus, auch die neue Notverordnung bereite wenig Freude. Auch jetzt erhebe sich gegen die schweren Belastungen folgender Einwand, man habe geglaubt, die entsprechenden Entwürfe zum Ausgleich des Haushalts von der Ausgabenseite her lägen längst vor und es habe der Regierung Brüning nur an der Tatkraft gefehlt, sie durchzuführen. Es hätte also jetzt nach dem Kabinettswechsel möglich sein müssen, statt der neuen Steuern die immer wieder erörterten Reformen zu betreiben.

Die Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei schreiben zu der neuen Notverordnung, was den sachlichen Inhalt der neuen Notverordnung anlange, so sei sehr vieles der von Brüning vorbereiteten Notverordnung entnommen. Wenn das auch durch die Notwendigkeit sofortiger Abhilfe bis zu einem gewissen Grade entschuldigt werde, so erscheine doch völlig unmöglich, daß eine Regierung, die sich auf das nationale Deutschland stützen wolle, in den ausgefahrenen Gleisen des bisherigen Systems weiterarbeite.

Die der Volkspartei nahestehende „Köln. Zeitung“ schreibt: Im Grunde genommen sieht es nun in der neuen Notverordnung genau so aus wie bei der Brüningschen: Sozialleistungen herunter, Steuern herauf, organisatorische Reformen keine. Dabei bedeutet aber das Einsetzen der verschärften Hilfsbedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenversicherung doch grundsätzlich das Aufhören der Versicherung.

Der „Völkische Beobachter“ schreibt in seinem Kommentar zu der neuen Wirtschafsnotverordnung des Kabinetts Papen u. a., die NSDAP. lehne die erste Notverordnung als neue für das deutsche Volk unerträgliche Belastung umso mehr ab, als sie in dieser ersten praktischen Maßnahme der Regierung keinerlei Ansatzpunkte für eine genügende Aenderung der bisherigen Politik zu erkennen vermöge. Die Regierung stelle in ihrer Erklärung zur Notverordnung zwar grundlegende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in Aussicht. Solange sie aber diese Versprechen nicht durch Taten zu belegen in der Lage sei, habe die NSDAP. keinen Anlaß, ihre seit jeher vertretene Auffassung zu ändern.

Revolverattentat in der belgischen Kammer

Brüssel, 15. Juni. Von der Tribüne der Kammer wurde kurz nach Beginn der Nachmittagssitzung ein **Revolverschuß in der Richtung der sozialistischen Bänke abgefeuert.** Niemand ist verletzt. Es gelang, den Täter sofort festzunehmen. Es handelt sich um einen arbeitslosen Laternenanzünder namens Vens, der offenbar aus Gründen persönlicher Art auf den Brüsseler sozialistischen Abgeordneten Uitroever schoß.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[34

Dort wollte man dinieren, dann in den Tanzsaal gehen.

„Darf ich um den ersten Tanz bitten, Mademoiselle Jeanne“, flötete der Herzog.

Ellinor befand sich in einer seltsamen Stimmung. Es war prickelnd, dieses Spiel, und tief erregend — ein Spiel mit dem Feuer, das gefährlich werden konnte. Noch nie war Ellinor Grey als Frau in der Oeffentlichkeit erschienen, seitdem sie London verlassen hatte. Aber heute, heute würde sie es wagen.

Im großen Gesellschaftssaal herrschte enormer Betrieb. Eine internationale Menschenmenge flutete durch die Räume.

Fast den ganzen Abend über tanzte Ellinor mit dem Herzog. Beide waren ausgezeichnete Tänzer; es war ein Genuß, diesem eleganten Paar zuzusehen. Bewundernde Blicke folgten überall, wo es vorübertanzte.

In einer Ecke des Saales saßen zwei Herren bei einem Glas Wein. Der eine von ihnen hatte Ellinor die ganze Zeit über aufmerksam beobachtet. Jetzt wandte er sich an seinen Begleiter:

„Sieh dir die Frau dort an, in dem weißen Spitzenkleid. Es ist Ellinor Grey. Erkennst du sie nicht?“

„Ja, Ted, du hast recht. Es ist Charles Hicksons kleine Freundin. Wenn Charlie sie so sehen könnte! Der Aermste, der jetzt im Zuchthaus sitzt.“

„Was glaubst du, Ben — würde sie uns wohl noch erkennen?“

„Das scheint mir recht fraglich. Aber es würde auf eine Probe ankommen. Du brauchst sie doch einfach nur anzusprechen. Heute ist das ja erlaubt.“

„Das werde ich auch tun. Vielleicht, daß etwas für uns herausspringen kann. Es scheint ihr doch recht gut zu gehen, und sie wird sich unser Stillschweigen sicher etwas kosten lassen. Und wenn nicht, dann können wir uns ja die ausgesetzte Belohnung verdienen.“

„Aber, Ted, wenn du dir damit nur nicht die Schlinge um den eigenen Hals legst. Nelli hat sicher einflußreiche und wohlhabende Freunde. Du brauchst nur zu sehen, wie kostbar sie gekleidet ist.“

„Ja, eben deswegen. Der Schmuck, den sie trägt, der ist auch nicht ohne. Der Gent, mit dem sie den ganzen Abend tanzt, scheint ihr derzeitiger Freund zu sein. Der wird es sich schon was kosten lassen, seiner schönen Freundin aus der Patsche zu helfen.

Laß mich nur machen, Ben. Bleibe du ruhig sitzen! Warte, bis ich wiederkomme!“

„Ted, um Gottes willen, sei vorsichtig!“

Ted nickte mit dem Kopfe, dann war er verschwunden.

Er hatte gesehen, daß Ellinor und ihr Tänzer den Saal verlassen hatten, in der Richtung auf den Park. Schon war er hinter ihnen her.

Ellinor und der Herzog gingen promenierend im Kurhausgarten auf und ab. Es war lau an dem Abend; wohltuend nach der Hitze des Saales.

Des Herzogs Blicke hingen in verzehrender Glut an Ellinors Erscheinung.

„John, weshalb sind Sie keine Frau? Ich habe mich wie toll in Sie verliebt. Es ist, als ob sich die Natur vergriffen hätte, als sie Sie zum Manne erschaffen hat.“

„Ja, Herzog, Sie haben recht. Auch ich beklage nichts so sehr, denn als Mann auf dieser Welt herumlaufen zu müssen; aber ich muß mich dem Schicksal beugen. Könnte ich, wie ich wollte, ich würde nie wieder ein Mann werden.

Aber ich sehe ein, daß es ein unsinniges Spiel ist, das ich treibe. Es wird Zeit, daß wir von hier abreisen. George sagte mir gestern schon, daß er Depeschen aus Neuyork bekommen hat und daß wir wohl die nächste Woche fahren müssen.

Ich bin froh, wenn diese Nichtstuerzeit ein Ende nimmt und damit auch meine Maskerade. Es wird heute das letzte Mal sein, daß ich als Frau auftrete. In Amerika hätte man für diesen Firlefanz nicht viel Verständnis.“

„Oh, John, das ist aber schade! Dann wird es auch nichts aus Ihrer Reise nach Paris? Und ich hatte mich schon so gefreut, Sie in meinem Hause zu begrüßen.“

„Wir werden ja bald wieder einmal nach Europa kommen. Jetzt müssen Sie uns erst in Neuyork besuchen. George und ich würden uns sehr über Ihren Besuch freuen.“

„Ich habe es schon Ihrem Bruder versprochen, John. Von wo aus wollen Sie sich einschiffen?“

„Von Cherbourg aus. George hat schon den Dampfer herausgesucht.“

„Wir werden Sie sehr vermissen, John, Sie und Ihren Bruder. Wir alle haben Sie ins Herz geschlossen. Schade, daß Sie uns verlassen.“

Sie waren so in ihr Gespräch vertieft gewesen, daß sie erst jetzt den Herrn sahen, der dicht vor ihnen stand. Er trat zu Ellinor.

„Guten Abend, Miß Nelli! Ich freue mich, Sie hier zu sehen.“

Ellinor war zurückgetreten, so daß sie im Schatten einer Palme stand. Auf diese Weise konnte der Herzog von Bligny nicht sehen, daß ein Ausdruck des Entsetzens über ihr Gesicht ging. Dem Fremden indes war die Veränderung nicht entgangen.

„Kennen Sie mich nicht mehr, Miß Nelli? Ich bin doch Ted, Charlie Hicksons Freund. Sie haben doch oft genug mit Charlie bei mir zu Abend gegessen. Bei mir und bei Ben, dem armen Jungen, der immer von Charlie unter den Tisch gebort worden ist, weil er Sie so verliebt angeschmachtet hatte. Sie scheinen ein schlechtes Gedächtnis zu haben, Nelli, wenn Sie das alles vergessen haben!?“

Etwas Fürchterliches kroch an Ellinors Körper empor, setzte sich in ihrer Kehle fest. Da — da war ein Schatten aus der Vergangenheit in ihren Weg getreten, um sie zu vernichten.

(Fortsetzung folgt.)